

Was den Streit über die Wahlreform anbetrifft, so erklärte Gouverneur Chris Patten beim Hearing im außenpolitischen Ausschuß des britischen Unterhauses, er werde die Wahlreform für 1995 noch vor Ende Juli d.J. einseitig abschließen, falls bis dahin noch immer keine Einigung mit Beijing erzielt werden könnte (DEG, 22.1.94). Pattens harte Haltung ist inzwischen auch auf Kritik der Chinaexperten im britischen Außenministerium einschließlich des ehemaligen China-Botschafters Sir Percy Cradock gestoßen - trotz der Rückendeckung von Premierminister John Major (IHT, 19.1.94). -ni-

*(40)

Investitionen in Hongkong gestiegen

Offiziellen statistischen Angaben zufolge ist die Zahl der in Hongkong registrierten Firmen 1993 von 358.129 (1992) auf 415.911 gestiegen. Zugleich erhöhte sich das nominelle Gesamtkapital der bestehenden Firmen um 57 Mrd.HK\$ (7.3 Mrd.US\$) oder 25%. (XNA, 18.1.94) Auf dem Aktienmarkt verzeichnete der Hang-Seng-Index im letzten Jahr eine Steigerung von 115,67%, er wurde am 31.12.93 auf 11.888,3 Punkte fixiert. (IHT, 4., 7.1.94)

Bei einer jüngst durchgeführten Meinungsumfrage bezeichneten 54% der 460 befragten ausländischen Unternehmen das Investitionsklima in Hongkong als günstig. Positive Faktoren seien die Banken- und Finanzeinrichtungen, die Infrastruktur, die vorhandenen Managementfähigkeiten, die regionale Lage, die Wirtschaftspolitik der Regierung und die vorhandenen beruflichen und technischen Fähigkeiten. Kopfschmerzen bereiteten die Arbeitskosten und Büromieten.

Die befragten Unternehmen sehen zum großen Teil auch optimistisch in die Zukunft. Für 1994 erwarten 52% von 461 Unternehmen ein gleich gutes Geschäftsergebnis wie 1993, für 1995 erhoffen sich 54% von 200 Unternehmen, die geantwortet hatten, sogar bessere Resultate (NFA, 31.1.94).

Hongkongs Inflation ist 1993 weiter von 9,4% (1992) auf 8,5% gesunken, 1991 hatte sie noch bei 12% gelegen (XNA, 22.1.94). Nach der Prognose der Bank of China wird das Wirtschaftswachstum Hongkongs 1994 bei 5,5% liegen, höher als 1993 mit 5,2%. Die Schätzungen der Hongkong & Shanghai Banking Corp. und der Standard Chartered Bank liegen allerdings bei 5%. (AWSJ, 11.1.94) -ni-

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung der VR China im Jahre 1993

- Ein kurzer Überblick -

Außenpolitik

- Margot Schüller -

Die Außenpolitik Chinas konzentrierte sich 1993 auf die stärkere Annäherung an die asiatischen Nachbarstaaten, insbesondere an die ASEAN-Mitgliedsländer, sowie an Südkorea und Vietnam. Diesem Ziel dienten chinesische Delegationsreisen und Einladungen asiatischer Regierungsvertreter nach China sowie die Unterzeichnung von bilateralen Abkommen über die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Vor allem die ASEAN-Staaten hatten mit Blick auf die Spratley-Frage ein großes Interesse an einer Einbindung Chinas in ein regionales Sicherheitskonzept. Als erster wichtiger Schritt zu Gesprächen über Sicherheitsfragen galt Chinas Beteiligung an der 'Unofficial Dinner Party' der 18 Außenminister im Juli in Singapur, an der neben Vertretern asiatischer Staaten und der Europäischen Union ebenso die USA teilnahmen. Auch mit Taiwan gab es erste halb-offizielle Kontakte über Gespräche in Singapur, um die bilateralen Beziehungen zu verbessern.

Der Abschluß eines Grenzabkommens mit Indien im September zeigte das Bemühen, auch mit diesem asiatischen Nachbarn die diplomatischen Beziehungen zu verbessern. Zu den vertrauensbildenden Maßnahmen zählte ebenso der Besuch einer hochrangigen chinesischen Militärkommission im Dezember in Indien. Gleichzeitig versuchte China, einen Ausgleich zwischen den verfeindeten Staaten Indien und Pakistan, zu dem traditionell engere Beziehungen bestehen, zu erreichen. Beim Besuch der pakistanischen Ministerpräsidentin wurde jedoch die Zweigleisigkeit der chinesischen Außenpolitik deutlich. So wurden mit Pakistan umfangreiche Waffenlieferungen vereinbart und Abkommen über u.a. wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, Grenzhandel und Transport abgeschlossen.

Mit Blick auf die außenpolitischen Beziehungen zu den Ländern der Europäischen Union erfolgten 1993 weitere Schritte zur Normalisierung, die auch von einem gegenseitigen Interesse an einer Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit geprägt waren. Beispielsweise besuchte der spanische Ministerpräsident mit einer Delegation spanischer Unternehmer China im Februar anlässlich des 20.Jahrestages der Aufnahme diplomatischer

Beziehungen. Im Herbst reiste der Präsident des Europäischen Parlaments zu außenpolitischen Gesprächen mit der chinesischen Führung in die Volksrepublik, die nach diesem Besuch von einer "völligen Normalisierung" der Beziehungen sprach. Die Reise des deutschen Bundeskanzlers mit einer hochrangigen Delegation von Ministern und Unternehmensvertretern nach China im November stärkte die deutsch-chinesischen Beziehungen durch den Abschluß einer Reihe von Abkommen im Kultur- und Wissenschaftsbereich und wird die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit fördern.

Spannungen im außenpolitischen Bereich entstehen mit Großbritannien über die Forderung des Hongkonger Gouverneurs Patten, demokratische Mitgestaltungsrechte bei der Rückgabe Hongkongs an China im Jahre 1997 festzuschreiben, sowie über die Frage der Finanzierung eines zweiten Flughafens in Hongkong. Zwischen April und November wurden 17 Gespräche zwischen chinesischen und britischen Diplomaten über die strittige Einführung parlamentarischer Grundprinzipien in Hongkong geführt, ein Kompromiß konnte jedoch nicht erreicht werden. Das Verhältnis zu Großbritannien wurde außerdem durch die Ausstrahlung einer Sendung über das Leben Mao Zedongs getrübt, gegen die die chinesische Regierung scharfen Protest eingelegt hat.

Die außenpolitischen Beziehungen zu Rußland konnten auf der Basis der "Gemeinsamen Erklärung", die Ende 1992 unterzeichnet worden war, weiter verbessert werden. Rußlands Unterzeichnung des START II-Vertrages sowie die Neugestaltung der indisch-russischen Beziehungen wurden von China begrüßt, dagegen protestierte die russische Regierung gegen den chinesischen Atomtest im Oktober 1993. Die Zusammenarbeit erstreckte sich insbesondere auf den Militärbereich, in dem im November ein Kooperationsabkommen zwischen den Verteidigungsministerien Chinas und Rußlands abgeschlossen wurde.

Ein gespanntes außenpolitisches Verhältnis bestand mit den USA, die China Lieferungen von Raketentechnologie an Pakistan und den Iran vorwarfen und Beijings Bewerbung als Austragungsort der Olympiade im Jahre 2000 aufgrund chinesischer Menschenrechtsverletzungen ablehnten. Tatsächlich fiel die Wahl des IOC für die Olympiade im Jahre 2000 auch nicht auf Beijing, sondern auf Sydney. Die kritischen außenpolitischen Beziehungen waren auch durch die Konflikte im außenwirtschaftlichen Bereich geprägt, zu denen das hohe amerikanische Handelsbilanzdefizit und die amerikanische Forderung nach verbesserten Markt Zugangsbedingungen zählten. Auch der Streit um ein neues Textilabkommen und die Bindung der Meistbegünstigung an Fortschritte bei der Beachtung der Menschenrechte belasteten das Verhältnis.

Die Reise Jiang Zemin durch eine Reihe von lateinamerikanischen Ländern im November und Besuche hochrangiger Delegationen aus Kolumbien, Argentinien und Uruguay in China zeigte das neue Interesse an einer Intensivierung der Süd-Süd-Beziehungen. Auch hierbei standen wirtschaftliche Aspekte im Vordergrund, die zum Abschluß von Handelsabkommen und Kooperationsverträgen führten.

Im multinationalen Bereich ist vor allem die Teilnahme Chinas am Treffen der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftskooperation (APEC) in Seattle von Bedeutung gewesen. Jiang Zemin forderte auf der Konferenz - auch mit Blick auf die jährlichen Konflikte um die Gewährung der Meistbegünstigung durch die USA -, daß jedem der Mitgliedsstaaten ohne Einschränkung diese handelspolitische Vergünstigung zukommen sollte. Seit Ende 1991 ist China Mitglied der APEC und machte damit sein Interesse an einer Verflechtung mit der asiatisch-pazifischen Wirtschaftsregion sowie den Möglichkeiten einer Einflußnahme auf Entscheidungsprozesse in der APEC deutlich.

Innenpolitik

- Sebastian Heilmann -

Die auf dem XIV. Parteitag der Kommunistischen Partei im Oktober 1992 aus Parteitechnokraten und Militärs gebildete reformorientierte Allianz in der Beijinger Zentrale konnte sich 1993 behaupten. Diese Allianz beruht auf einem Grundkonsens über die Notwendigkeit von Wirtschaftsreformen und die Ablehnung politischer Liberalisierung und Demokratisierung. Konflikte in der Parteispitze blieben 1993 weitgehend beschränkt auf Fragen nach Umfang und Geschwindigkeit der Wirtschaftsreformen, die zu keiner offenen intraelitären Konfrontation führten.

Trotz dieser im Vergleich zu früheren Jahren bemerkenswerten Stabilität in der Beijinger Führung blieb die chinesische Innenpolitik auch 1993 durch beträchtliche Spannungen gekennzeichnet. Die stärksten Gegensätze manifestierten sich in den Beziehungen zwischen Zentrale und Regionen sowie zwischen Teilen der Bevölkerung und dem kommunistischen Regime.

Die wichtigsten offiziellen Ereignisse waren die konstituierende Tagung des VIII. Nationalen Volkskongresses (NVK) im März und das 3. Plenum des XIV. ZK im November. Nachdem das ordnungspolitische Konzept der "Sozialistischen Marktwirtschaft" 1992 bereits in das revidierte Parteistatut aufgenommen worden war, fand dieser Termin nun auch Eingang in die vom NVK geänderte Verfassung von 1982. In der ergänzten Präambel werden Reformpolitik und Öffnung nach außen wie auch die seit einigen Jahren geläufige Selbstdefinition des Regimes als "System der Mehrparteienkooperation und politischen Konsultation unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas" festgeschrieben.

Die ordnungspolitische Neuorientierung wurde durch das ZK der KPCh im November 1993 in dem "Beschluß über einige Fragen zur Errichtung eines Systems der sozialistischen Marktwirtschaft" bekräftigt. Das Programmdokument beruft sich auf die sogenannte "Theorie des Genossen Deng Xiaoping über den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung", die bis ins nächste Jahrhundert hinein als Richtschnur für die Politik der Partei dienen solle. Welche Auswirkungen die auf der Plenartagung

verabschiedete Neuordnung des Steuer- und Finanzsystems und die Bekenntnisse zu einer zentralen "Makrosteuerung" auf das politische System haben werden (Rezentralisierung oder regionale Ausweichstrategien), bleibt abzuwarten.

Ein Phänomen, das den wenig gefestigten Zustand des politischen Systems offenlegt, ist die stillschweigende Abkehr vom Ziel einer "Trennung zwischen Partei und Staat" (*Dang Zheng fenkai*) und die Hinwendung zu einem System der Amterkonzentration ähnlich dem der siebziger Jahre, als von einer "monistischen" (*yiyuanhua*) Führung durch die Partei die Rede war. Um die Führungsrolle der Kommunistischen Partei abzusichern, kam es in den höchsten Partei- und Staatsämtern (KP-Generalsekretär Jiang Zemin wurde Staatspräsident, führende Politbüro-Mitglieder besetzten die Spitzenpositionen im Staatsapparat und in den parlamentarischen Gremien) und auf den unteren Verwaltungsebenen (besonders von der Kreisebene abwärts sowie in Staatsbetrieben) zu einem inoffiziell als "Integration zwischen Partei und Regierung" (*Dang Zheng yitihua*) bezeichneten Trend: Parteisekretäre fungieren in Personalunion als Chefs von Staatsorganen der gleichen Verwaltungsebene.

Die von den Parteimedien angekündigten "politischen Reformen" erwiesen sich als hohl. Marginale Zugeständnisse (Einbeziehung von Nicht-Parteimitgliedern in Disziplinarorgane, Zulassung größerer Meinungs- und Abstimmungsfreiheiten in den Volkskongressen) konnten nicht über das Festhalten am veralteten leninistischen System hinwegtäuschen. Dissidenten werden weiterhin mit eiserner Hand verfolgt, sobald sie versuchen, oppositionelle Organisationen zu gründen. Politische Gefangene dienen der chinesischen Diplomatie als Verhandlungsmasse gegenüber dem Westen.

Als Zeichen der politischen Schwäche läßt sich auch der mit großem Propagandaaufwand inszenierte Kult um Deng Xiaoping deuten, mit dem die Partei und die Bevölkerung auf eine einheitliche Linie über den Tod des 89jährigen hinaus eingeschworen werden soll. Deng hatte nach 1978 wiederholt betont, daß er einen Personenkult wie unter Mao entschieden ablehne und für einen politischen Irrweg halte. Die amtierende Führung glaubt jedoch, mit einem solchen Kult Legitimität gewinnen zu können, die sie für sich selbst nicht beanspruchen kann.

Die enge Einbindung der Volksbefreiungsarmee (VBA) in die formellen und informellen politischen Führungszirkel und der damit verbundene Machtzuwachs des Militärs setzten sich auch 1993 fort. Der Anteil von Armeeveteranen und aktiven Militärführern in den höchsten Führungsgremien der VR China ist so hoch wie seit den siebziger Jahren nicht mehr (ca. 40% im informellen nationalen Führungskreis und ca. 25% im ZK). Der Armee ist die Rolle als Garant der inneren Stabilität nach Dengs Tod zugeordnet.

Das in den letzten Jahren schon beachtliche Selbstbewußtsein der Regionen gegenüber Beijing zeigte sich 1993 nicht nur im wirtschaftlichen Bereich (von Beijinger Vorgaben abweichende Handels- und Steuerbestimmun-

gen, lokaler Protektionismus), sondern auch im politischen. In Volkskongressen auf Provinzebene wie auch im Rahmen des Zentralkomitees der KPCh wurden regionale Sonderinteressen zum Teil dezidiert vertreten. Eigenständige Gesetzgebungsmaßnahmen und Personalentscheidungen sind in Einzelfällen gegen Beijinger Weisungen durchgesetzt worden. Das politische Eigenleben der Regionen ist eine Herausforderung an die unitarische Partei- und Staatsstruktur. Die zentrale Führung versucht, mit den ihr zu Gebote stehenden Instrumenten der Personalhoheit (Nomenklatura-System) den Verselbständigungstendenzen entgegenzuwirken und führt immer wieder Revirements verschiedenen Ausmaßes in den regionalen Führungen durch. Ob sich die mit den regionalen Führungen im Spätherbst ausgehandelte Neuverteilung des Steueraufkommens durchsetzen läßt, wird sich zeigen. Zentralbankchef Zhu Rongji ist zumindest im Sommer 1993 mit einem Programm zur Konjunkturdämpfung und Rezentralisierung wichtiger makroökonomischer Steuerungsfunktionen (vor allem in der Geld- und Kreditpolitik) auf starke regionale Widerstände gestoßen.

Die Erosion der Parteiorganisation durch ökonomische Aktivitäten, Korruption und Illoyalität ihrer Mitglieder hat sich offiziellen Quellen zufolge vor allem auf den untersten Ebenen verstärkt. Auf den Dörfern funktionieren Teile der Parteiorganisation nicht mehr; die Direktiven, mit denen die Parteiführung den Auflösungserscheinungen entgegenzutreten will, bleiben wirkungslos. Auch in den Städten scheinen das "organisatorische Leben" und die Autorität der KP zusehends zu verfallen. Die Mitte 1993 begonnene Kampagne zur Korruptionsbekämpfung hat zwar zur Aufdeckung vieler spektakulärer Fälle und zu zahlreichen Hinrichtungen geführt, nicht aber zu einer Eindämmung der Mißstände.

Während große Teile der städtischen Bevölkerung trotz starker Inflation und Zukunftsunsicherheiten zu den Gewinnern der Wirtschaftsreformen zählen und sich mit den dramatischen Veränderungen zu arrangieren suchen, herrscht in vielen ländlichen Gebieten Chinas beträchtliche Unzufriedenheit. In knapp 200 Orten kam es zu Protesten und Ausschreitungen, die sich gegen die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Bauern, die Veruntreuung öffentlicher Gelder durch lokale Verwaltungen, die Vergabe von Schuldscheinen (anstelle von Bargeld) beim staatlichen Ankauf von Agrarprodukten und die willkürliche Erhebung von Abgaben richteten. Obwohl die zentrale Führung diese Zustände als Bedrohung für die Existenz des Regimes begreift, konnte sie bisher nicht die Disziplinierung und Kooperation der lokalen Verwaltungen erreichen.

Zu größeren ethnischen Unruhen kam es in der zweiten Jahreshälfte unter Muslimen in der Autonomen Region Xinjiang (Sinkiang) und in der Provinz Qinghai. Zehntausende demonstrierten gegen die Mißachtung ihres Glaubens unter chinesischer Herrschaft, Untergrundbewegungen forderten die Unabhängigkeit für die muslimischen Stammgebiete. Die Unterdrückung der Unruhen verlief offenbar weniger blutig als 1990 nach vergleichbaren Vorfällen in Xinjiang. Die Beijinger Führung reagier-

te auf die Ereignisse mit den üblichen Aufrufen zur Wahrung der "Stabilität" und mit einer Verstärkung der Sicherheitskräfte, war jedoch zu keinerlei Zugeständnissen weitergehender Autonomie für Chinas Muslime bereit.

China befindet sich auf dem Weg zu einem System des marktwirtschaftlichen Autoritarismus. Im Gegensatz zu den Erfahrungen, die andere ostasiatische Staaten mit diesem Entwicklungsmodell gemacht haben, ist das chinesische System nicht durch eine effiziente, zentralisierte Führung, sondern durch eine starke Fragmentierung der Macht gekennzeichnet. Die ausgeprägten regionalen Sonderentwicklungen beinhalten sowohl Chancen (politische Dezentralisierung, Lockerung des Machtmonopols, eventuell Föderalisierung) als auch Risiken (starkes wirtschaftliches und soziales Gefälle zwischen verschiedenen Regionen, massenhafte Binnenwanderung, Verlust der politischen Einheit). Das nach überlebten leninistischen Prinzipien organisierte Regierungssystem wird diesen Herausforderungen kaum gerecht werden können.

Wirtschaft

- Margot Schüller -

Mit einer beeindruckenden Wachstumsrate von rd. 13% (real/BIP) und einem sich weiter fortsetzenden Strukturwandel wies die chinesische Wirtschaft im Jahre 1993 eine wiederum sehr dynamische Entwicklung auf. Obwohl die erneute Beschleunigung nach dem Ende der dreijährigen Sanierungsperiode durchaus erklärtes Ziel der Regierung war, überstieg das Wachstum jedoch bei weitem die geplanten Ansätze und weist auf weiterhin bestehende Steuerungsdefizite und Probleme des sich im Umbruch befindlichen Wirtschaftssystems hin. Vor dem Hintergrund der sich ab dem 3.Quartal 1992 schnell beschleunigenden Inflationsentwicklung, der Verschärfung von Engpässen im Transport-, Energie- und Rohstoffbereich sowie einem zunehmenden Handelsbilanzdefizit mit einer de facto Abwertung der chinesischen Währung versuchte die Regierung, Mitte 1993 eine Reihe von Konjunkturdämpfungsmaßnahmen durchzusetzen.

Da die wirtschaftliche Überhitzung durch das zu hohe Wachstum der Anlageinvestitionen von 38% im Jahre 1992 und von 61% im 1.Halbjahr 1993 ausgelöst worden war, setzten die kontraktiven Maßnahmen bei einer indirekten und direkten Beschränkung der Geldmenge an. Hierzu zählte die Erhöhung der Spar- und Kreditzinsen, deren Wirkung jedoch mit Blick auf das wenig zinsreagible Investitionsverhalten der staatseigenen Unternehmen begrenzt ist. Deshalb sollte durch direkte Eingriffe in die Kreditvergabepraxis der Banken und Auflagen bei der Finanzierung durch intermediäre Finanzinstitute der Zugang zu Investitionsmitteln beschränkt werden. Gleichzeitig wurden die Banken angewiesen, in Immobilien- und Wertpapierspekulationen eingesetzte Interbankkredite zurückzurufen. Strengere Bestimmungen bei der Emission von Unternehmensschuldverschreibungen und Ausgabe anderer Wertpapiere durch Lokalregierungen sollten der Zentralbank eine bessere geldpolitische Kontrolle erlauben. Während mit Ausnahme der Kfz-

Importe staatlicher Einheiten keine Einfuhrrestriktionen zum Ausgleich der Handelsbilanz erlassen wurden, intervenierte die Zentralbank durch Dollarverkäufe an den Devisen-Swapmärkten.

Zwar können den Konjunkturdämpfungsmaßnahmen zumindest kurzfristige Erfolge zugesprochen werden bei der Verlangsamung des Geldmengenwachstums, bei der Umleitung spekulativer Kredite in den Immobiliensektor zugunsten von Investitionen in Infrastrukturprojekte sowie bei der Abbremsung der Preisentwicklung bei Rohstoffen und der erneuten Stabilisierung der privaten Spareinlagen. Insgesamt jedoch erschwerten der Widerstand der Regionen, die negative Auswirkungen für die Entwicklung der lokalen Wirtschaft befürchteten, das unzureichend reformierte Bankensystem und die Verzahnung von staatseigenen Unternehmen und Lokalverwaltungen die Durchsetzung der direkten und indirekten Maßnahmen. Eine erste Lockerung der Kreditrestriktionen erfolgte im Herbst 1993 aufgrund der in zahlreichen staatseigenen Verlustunternehmen auftretenden Liquiditätsprobleme, die teilweise auch zu Produktionsstops und Entlassungen führten. Auch für 1994 kann von einer weiteren Gratwanderung zwischen Hochwachstum und Stabilität ausgegangen werden, da die Ursachen für den inflationären Druck noch nicht beseitigt sind und daher die Wirtschaftsentwicklung weiter begleitet werden.

Die im November 1993 beschlossenen neuen Reformmaßnahmen zur "Einführung der sozialistischen Marktwirtschaft" setzen vor allem im *Bankensektor* und bei der Umwandlung der staatseigenen Unternehmen an. So soll die Zentralbank über indirekte Mechanismen die Geldpolitik steuern. Die Banken sollen umgewandelt werden in solche, die rein auf kommerzieller Basis arbeiten, und andere, die nach staatlichen Vorgaben Kredite vergeben. Das Ziel der *Unternehmensreform* sind unabhängige, finanziell eigenverantwortliche Betriebe, die rechtlich selbständig sind und verschiedene Eigentumsformen aufweisen können. Um den sozial verträglichen Umbau der Unternehmen zu garantieren, ist weiterhin ein schneller Aufbau eines Systems der sozialen Absicherung geplant. Weitere Reformmaßnahmen für 1994 sehen die Einführung neuer Steuerformen wie die Mehrwert- und Verbrauchssteuer sowie die Anpassung der Einkommenssteuersätze der staatlichen Unternehmen an die privaten und kollektiven Unternehmen vor. Um die wirtschaftspolitische Steuerungsfähigkeit der Zentralregierung zu erhöhen, ist gleichzeitig eine Neuaufteilung der Steuereinnahmen zwischen Zentrale und Lokalregierungen vorgesehen.

1993 erfolgten weitere Schritte bei der Reform des *Preissystems*, die zu einer Deregulierung der Preise bei landwirtschaftlichen Produkten sowie der meisten Konsumgüter- und Investitionsgüterpreise geführt haben. Trotz der beschleunigten Inflation sind für 1994 weitere Preisfreigaben vorgesehen, die u.a. Kohle-, Erdöl-, Elektrizitäts- und Eisenbahnfrachtpreise betreffen. Mit Blick auf den drastischen Anstieg der Lebenshaltungskosten in den Städten, die auch durch die Erhöhung der Getreidepreise um über 20% zugenommen haben, will die Regierung 1994 indirekt, z.B. über Verkäufe staatlicher Getreidereiserven, eingreifen. Die Staatliche Planungskommission

hat ihren weiteren Rückzug aus der direkten administrativen Lenkung der Wirtschaft über Vorgabe von Quoten und Zuteilung von Investitionsmitteln weiter fortgesetzt und kündigte für 1994 eine nochmalige Reduzierung von Planquoten an, deren Umfang nur noch 4% des industriellen Bruttoproduktionswertes betreffen sollen.

Die *landwirtschaftliche Entwicklung* sah sich auch 1993 einer Reihe von Schwierigkeiten gegenüber, zu denen vor allem die unzureichend ausgebaute Infrastruktur, insbesondere Engpässe im Transport- und Handelssystem gezählt werden können. Problematisch erscheint auch die Einkommensentwicklung, da niedrige staatliche Ankaufspreise für landwirtschaftliche Produkte bei relativ hohen Preisen für Inputs die Gewinnmöglichkeiten der Bauern beeinträchtigten und vielfältige Abgaben und Gebühren die Realeinkommen drastisch reduzierten. Für 1993 wird daher lediglich mit einer Zunahme des durchschnittlichen Pro-Kopf-Nettoeinkommens der Bauern um real 2% gerechnet, gegenüber einer Zunahme der städtischen Einkommen um voraussichtlich real 12%. 1993 lag der Getreideoutput mit 456,7 Mio. t (3,1%) höher als zunächst bei Ernteschätzungen angenommen; der Output von Ölsaaten betrug 17,61 Mio. t (7,3%). Aufgrund der Reduzierung von Anbauflächen und dem Einfluß von Naturkatastrophen wird jedoch bei Baumwolle und Zuckerpflanzen mit einem Outputrückgang gerechnet. Da insbesondere der Baumwolle eine herausragende Bedeutung für die Textilindustrie und Deviseneinnahmen aus dem Textilexport zukommt, wurden Mitte 1993 die Baumwollpreise erneut erhöht, nachdem bereits im März Kredite für den staatlichen Ankauf der Baumwollproduktion bereitgestellt und Vorzugspreise für landwirtschaftliche Inputs in der Baumwollproduktion eingeräumt wurden.

Das *Energieangebot* konnte auch 1993 nicht den wachsenden Bedarf decken. Für das ganze Land wird von einer Versorgungslücke bei Elektrizität in einem Umfang von 15-20% ausgegangen, in der Provinz Guangdong sogar von 30%. Da die Industrie mit fast 80% der größte Elektrizitätsabnehmer ist, führten Stromabschaltungen zu unausgelasteten Produktionskapazitäten. Bei einer Fortsetzung des Hochwachstums der Industrie im Jahre 1994 könnten sich die Energieengpässe weiter verschärfen. Unzureichende Investitionen behinderten den Aufbau neuer Kraftwerke, während steigende Kosten aufgrund von Preiserhöhungen von Kohle, Erdöl und Transportdienstleistungen bei unveränderten Strompreisen die Gewinnsituation der Elektrizitätsunternehmen verschlechterte. Um den erwarteten Elektrizitätsbedarf von 920 Mrd.kWh bis 1995 und von 1.340 Mrd. kWh bis zum Jahre 2000 durch den Ausbau der Kapazitäten zu befriedigen, sollen die Elektrizitätspreise angehoben und die inländischen Investitionen durch Finanzierungsmittel aus dem Ausland erhöht werden. Auch der Aufbau von Kraftwerksanlagen durch Auslandsunternehmen nach dem BOT-Modell soll stärker verfolgt werden.

Die Förderung von Rohkohle und Rohöl als den wichtigsten Energieträgern entwickelte sich 1993 ebenfalls nur in einem unzureichenden Tempo. Um die Kohleförderung, die bis zum 3.Quartal 1993 um 3,8% stieg, und die Exploration neuer Vorkommen zu unterstützen, hat die

Regierung die Kohlepreise schrittweise freigegeben. Während 1992 bereits 20% der Förderung zu Marktpreisen verkauft wurden, ist eine Erhöhung dieses Anteils für 1993 auf 85% zu erwarten. Im Jahre 1994 soll die Preisbindung für Kohle völlig aufgehoben und die bisherigen staatlichen Subventionen zum sozial verträglichen Abbau von überschüssigen Arbeitskräften der Kohlebergwerke eingesetzt werden.

Obwohl im 1.Halbjahr 1993 die Erdöl-Fördermenge auf 71,7 Mio. t erhöht werden konnte, deckte das Angebot wichtiger Erdöldestillate wie Benzin, Kerosin, Dieselmotorenkraftstoff und Schmieröl bei weitem nicht die Nachfrage. Derzeit werden noch rd. drei Viertel des Rohölangebots über staatlich fixierte Preise verkauft, die jedoch schrittweise in Marktpreise umgewandelt werden sollen. Preissteigerungen gab es insbesondere bei Benzin, doch wird trotzdem mit einer zunehmenden Nachfrage aufgrund der Ausweitung des privaten Kfz-Marktes in den nächsten Jahren gerechnet. Wichtiger Grund für die kritische Entwicklung des Rohöloutputs sind unzureichende Investitionen in die Erschließung neuer Vorkommen bei gleichzeitiger Erschöpfung der älteren Erdölfelder (Daqing, Shengli). Vor diesem Hintergrund hat die Regierung auch die Kooperation mit ausländischen Unternehmen zur Exploration und Nutzung verstärkt, die sich inzwischen sowohl auf die gesamten Küstengebiete als auch auf Inlandregionen, einschließlich des Tarim-Beckens (Provinz Xinjiang) erstreckt.

Der weitere Ausbau des *Verkehrsnetzes* wird in den nächsten Jahren eine wichtige Aufgabe und Voraussetzung für ein schnelles Wirtschaftswachstum sein. Im Rahmen der Dezentralisierung wurden bereits Verantwortlichkeiten im Regionalbahnverkehr, in der Luftfahrt und anderen Verkehrsbereichen auf Provinz- und andere Lokalebene verlagert und Auslandsinvestitionen und Kredite eingesetzt, um unzureichende inländische Finanzierungsmöglichkeiten zu ergänzen. Die chronische Überlastung des Eisenbahnnetzes vergrößerte auch 1993 die Wartezeiten beim Transport von insbesondere Kohle, Erdöl, Eisen und Stahl sowie Getreide, da einem täglichen Bedarf von 120.000 Eisenbahnwaggons nur ein Angebot von lediglich 70.000 Waggons gegenüberstand. Auch bei der Personenbeförderung herrschen Engpässe, Fahrkarten sind knapp, und von den Reisenden haben täglich rd. 800.000 keinen Sitzplatz. Um die unzureichende Beförderungskapazität auszuweiten, sollen bis zum Ende des Jahrzehnts das derzeitige Streckennetz um ein Drittel auf rd. 70.000 km erhöht und die Hauptstrecken elektrifiziert werden. Der Bau verschiedener Eisenbahnstrecken schließt auch eine Direktverbindung zwischen Beijing und Hongkong (2.370 km) mit Unterstützung von Krediten der Asiatischen Entwicklungsbank ein, die bis 1995 fertiggestellt werden soll. Da in den ersten zwei Jahren des 8. Fünfjahresplanes (1991-95) die geplante Streckenausweitung aufgrund fehlender Finanzierungsmittel nur teilweise realisiert werden konnte, wird derzeit auch an eine Öffnung dieses Sektors für ausländische Investoren gedacht. Mitte 1993 wurden die Preise für Eisenbahnfrachtgut erneut erhöht.

Während im *Außenhandel* in den letzten Jahren ein Überschuß erzielt werden konnte, führte der ab dem 3.Quartal 1992 einsetzende Importsog zu einer Umkehr-

rung dieser Entwicklung im Jahre 1993. Bei einem Gesamtanstieg des Außenhandels um 18,2% entstand aufgrund des weitaus schnelleren Importwachstums von 29% (103,95 Mrd.US\$) gegenüber der Wachstumsrate der Exporte von lediglich 8% (91,77 Mrd.US\$) ein negativer Saldo von 12,18 Mrd.US\$. Die herausragende Bedeutung der Auslandsunternehmen nahm 1993 mit einem Anstieg der Exporte um 45,4% (25,24 Mrd. US\$) und der Importe um 58,6% (41,83 Mrd.US\$) weiter zu. Der Anteil der Auslandsunternehmen am Export erhöhte sich auf 27,5% und der Importe auf 40,2%. Für das Handelsbilanzdefizit 1993 werden eine Reihe von Gründen verantwortlich gemacht. So absorbierte die boomende Binnenwirtschaft einen Teil der für den Export bestimmten Produkte, während die Knappheiten bei Rohstoffen sowie die starke Nachfrage nach Maschinen und Elektronik zum Importsog beitrugen. Für 1994 wird mit einem Außenhandelsvolumen von rd. 200 Mrd.US\$, bei Exporten von rd. 100 Mrd.US\$ gerechnet.

Die Reformen im Außenhandel wurden mit Blick auf den erwarteten GATT-Beitritt weiter fortgesetzt und das Wechselkurssystem ab Anfang 1994 einen weiteren Schritt in Richtung Konvertibilität mit der Abschaffung der FEC-Sonderwährung (Foreign Exchange Certificates) und Zusammenfassung der unterschiedlichen Wechselkurse gebracht. Die rasche Zunahme der Auslandsinvestitionen zeigte den weiterhin ungebrochenen Optimismus in die mittel- und langfristigen Entwicklungschancen der chinesischen Wirtschaft. Nachdem 1992 die vertraglich zugesagten ausländischen Direktinvestitionen 58,1 Mrd.US\$ und die realisierten 11 Mrd.US\$ betragen hatten, wiesen die zugesagten Investitionen im 1.Halbjahr 1993 einen Höhe von 58,8 Mrd.US\$ und die realisierten einen Umfang von 9,4 Mrd.US\$ auf.

Im Außenhandel mit China konnte Deutschland 1993 seine Position verbessern. Da mit einem Anstieg der Importe aus China auf 13 Mrd.DM und einer Erhöhung der deutschen Exporte auf rd. 10 Mrd.DM gerechnet wird, könnte das bilaterale Handelsdefizit weiter reduziert werden. In den ersten vier Monaten nahmen die deutschen Exporte bereits um 79% zu. Die vereinbarten Lieferungen nach China anlässlich der Reise von Bundeskanzler Kohl im November 1993 können sich ab 1994 in der Handelsbilanz niederschlagen. Verbindliche Aufträge betreffen insbesondere die Bestellung von Airbusflugzeugen, Reisezugwagen und Telefontechnik sowie die Auftragsvergabe über den Bau der U-Bahn in Guangzhou (Kanton) an ein deutsches Konsortium. Während des Kanzlerbesuches wurden außerdem Absichtserklärungen über verschiedene Projekte abgegeben und eine Intensivierung der Zusammenarbeit in den Bereichen Umweltschutz sowie Post und Telekommunikation vereinbart. Die dynamische Wirtschaftsentwicklung in China verstärkte die Anreize zur Intensivierung der deutschen Direktinvestitionen, um hierdurch auf dem chinesischen Markt stärker präsent zu sein. Vor allem Großunternehmen wie Siemens, BASF sowie die Daimler-Unternehmen AEG, Mercedes-Benz und Deutsche Aerospace wollen ihr Engagement verstärken. Obwohl bis Ende 1992 rd. 250 Gemeinschaftsunternehmen mit deutscher Beteiligung vor allem in den Branchen Kfz-Bau, Petrochemie, Maschinenbau, Unternehmen, Handel- und Beratungsdienstleistungen gegründet wurden, liegt der bundesdeutsche Anteil an den ausländischen Direktinvestitionen erst bei rd. 1%.

Sebastian Heilmann

Beijing unter Druck

Die Nachfolgefrage und die Erosion der Parteiherrschaft

Die Frage, welche Richtung die chinesische Politik nach dem Tod des "Chefarchitekten" der Reformen Deng Xiaoping nehmen könnte, beschäftigt China-Beobachter seit den achtziger Jahren und hat durch den verschlechterten Gesundheitszustand des 89jährigen kürzlich starken Auftrieb bekommen. Die folgenden Ausführungen greifen wichtige Themen dieser Diskussion auf und versuchen, mit Hilfe einer Analyse der Kräftekonstellation in der Beijinger Zentrale und einer Bestandsaufnahme der Veränderungen im politischen System den längerfristig wirksamen Entwicklungslinien nachzugehen. Es offenbart sich eine nach überlebten leninistischen Prinzipien organisierte Regierungsordnung, die trotz starker Kräfte der Beharrung unter immer größeren Wandlungsdruck gerät. Wohin der in Anlehnung an das ostasiatische Entwicklungsmodell beschrittene Weg eines marktwirtschaftlichen Autoritarismus führen könnte, ist Gegenstand der letzten Abschnitte, die sich mit Szenarien für die zukünftige politische Entwicklung Chinas beschäftigen.

I Nachfolgekrisen in der chinesischen Politik

Die Regelung der Führungsnachfolge und die damit verbundenen innerparteilichen Auseinandersetzungen haben in der Geschichte der Volksrepublik China mehrfach zu einer Destabilisierung des politischen Systems geführt. Die unter dem Revolutionsführer Mao Zedong getroffenen Nachfolgearrangements für Liu Shaoqi, Lin Biao und Hua Guofeng wurden zum Ausgangspunkt schwerer politischer Krisen und erwiesen sich allesamt als nicht tragfähig. Auch den ersten beiden von Deng Xiaoping auserwählten Nachfolgekandidaten war kein gutes Schicksal beschieden: Hu Yaobang und Zhao Ziyang scheiterten an ihrer Eigenwilligkeit im Umgang mit Protestbewegungen und am Widerstand orthodoxer Ideologen in der politischen Führung.¹

Es gibt weiterhin keine formalisierten Verfahren in China, mit deren Hilfe die Ablösung einer alten Führungsgeneration und die Einsetzung einer neuen geregelt werden könnte. Die politische Dominanz der Revolutionsveteranen macht die Schwierigkeiten deutlich: sie verfügen über keine nennenswerten Ämter mehr, bestimmen jedoch die Politik in der Zentrale auch über ihren ver-